

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2022/34470]

1 JUNI 2022. — Wet tot wijziging van de wet van 23 maart 1989 betreffende de verkiezing van het Europees Parlement, teneinde de burgers vanaf de leeftijd van 16 jaar de mogelijkheid te geven om te stemmen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 1 juni 2022 tot wijziging van de wet van 23 maart 1989 betreffende de verkiezing van het Europees Parlement, teneinde de burgers vanaf de leeftijd van 16 jaar de mogelijkheid te geven om te stemmen (*Belgisch Staatsblad* van 28 juni 2022).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2022/34470]

1^{er} JUIN 2022. — Loi modifiant la loi du 23 mars 1989 relative à l'élection du Parlement européen en vue d'offrir aux citoyens la faculté de voter dès l'âge de 16 ans. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 1^{er} juin 2022 modifiant la loi du 23 mars 1989 relative à l'élection du Parlement européen en vue d'offrir aux citoyens la faculté de voter dès l'âge de 16 ans (*Moniteur belge* du 28 juin 2022).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2022/34470]

1. JUNI 2022 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments zur Eröffnung der Möglichkeit für Bürger, ihre Stimme ab dem Alter von sechzehn Jahren abzugeben — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 1. Juni 2022 zur Abänderung des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments zur Eröffnung der Möglichkeit für Bürger, ihre Stimme ab dem Alter von sechzehn Jahren abzugeben.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

1. JUNI 2022 — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments zur Eröffnung der Möglichkeit für Bürger, ihre Stimme ab dem Alter von sechzehn Jahren abzugeben

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenkammer hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - Artikel 1 des Gesetzes vom 23. März 1989 über die Wahl des Europäischen Parlaments, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 17. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 Nr. 1 werden die Wörter "die die in § 1 Absatz 1 Nr. 2 und 4 erwähnten Wahlberechtigungsbedingungen erfüllen" durch die Wörter "die am Wahltag das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben und sich in keinem der in den Artikeln 6 bis 8 des Wahlgesetzbuches vorgesehenen Ausschluss- oder Aussetzungsfälle befinden" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 werden Nummern 1/1 und 1/2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"1/1. minderjährige Belgier, die in den Bevölkerungsregistern einer belgischen Gemeinde eingetragen sind, die am Wahltag das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben und sich in keinem der in den Artikeln 6 bis 8 des Wahlgesetzbuches vorgesehenen Ausschluss- oder Aussetzungsfälle befinden und die gemäß § 3/1 den entsprechenden Antrag bei der Gemeinde, in der sie in den Bevölkerungsregistern eingetragen sind, einreichen,

1/2. minderjährige Belgier, die in den Bevölkerungsregistern eingetragen sind, die in einer der berufskonsularischen Vertretungen in einem Staat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist, geführt werden, die am Wahltag das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben und sich in keinem der in den Artikeln 6 bis 8 des Wahlgesetzbuches vorgesehenen Ausschluss- oder Aussetzungsfälle befinden und die gemäß Kapitel 2 Abschnitt 2 des vorliegenden Titels den entsprechenden Antrag bei der für sie zuständigen belgischen konsularischen Vertretung einreichen,"

3. In § 2 Absatz 1 Nr. 2 werden die Wörter "die bis auf die Staatsangehörigkeit die in § 1 erwähnten Bedingungen erfüllen und gemäß § 3 ihren Willen geäußert haben, ihr Stimmrecht in Belgien auszuüben" durch die Wörter "die in den Bevölkerungsregistern einer belgischen Gemeinde eingetragen sind, die am Wahltag das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben und sich in keinem der in den Artikeln 6 bis 8 des Wahlgesetzbuches vorgesehenen Ausschluss- oder Aussetzungsfälle befinden und die gemäß § 3 den entsprechenden Antrag einreichen" ersetzt.

4. Paragraph 2 wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Minderjährige können einen in Absatz 1 Nr. 1 bis 2 erwähnten Antrag nur einreichen, wenn sie das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben."

5. Ein § 3/1 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

"§ 3/1 - Um in die in Artikel 3 erwähnte Wählerliste eingetragen werden zu können, müssen die in § 2 Absatz 1 Nr. 1/1 erwähnten Minderjährigen, die in den Bevölkerungsregistern einer belgischen Gemeinde eingetragen sind, bei dieser Gemeinderatsversammlung einen schriftlichen Antrag einreichen, der dem vom Minister des Innern festgelegten Muster entspricht.

Die Artikel 7bis und 13 des Wahlgesetzbuches sind anwendbar.

Die in Artikel 13 des Wahlgesetzbuches erwähnten Notifizierungen werden jedoch von den betreffenden Staatsanwaltschaften beziehungsweise Kanzleien der Gerichtshöfe und Gerichte auf ausdrücklichen Wunsch der Gemeindebehörden vorgenommen, wenn diese festgestellt haben, dass derjenige, der seine Eintragung in die Wählerliste beantragt hat, unter die Anwendung der in den Artikeln 6 und 7 des Wahlgesetzbuches erwähnten Ausschluss- beziehungsweise Aussetzungsmaßnahmen fallen könnte.

Diese Notifizierungen werden binnen zehn Tagen nach Erhalt des Antrags der Gemeindebehörden übermittelt. Wenn kein Anlass zu einer Notifizierung besteht, werden die Gemeindebehörden innerhalb derselben Frist davon in Kenntnis gesetzt.

Erfolgt die Notifizierung nach Erstellung der Wählerliste, wird der Betreffende aus dieser Liste gestrichen.

Nachdem das Bürgermeister- und Schöffenkollegium der Gemeinde des Wohnortes sich vergewissert hat, dass der Betreffende die Wahlberechtigungsbedingungen erfüllt, notifiziert es ihm anhand der vom Minister des Innern festgelegten Muster seinen mit Gründen versehenen Beschluss zur Zulassung oder Ablehnung dieses Antrags. Im Falle der Ablehnung erfolgt die Notifizierung per Einschreibesendung.

Als unzulässig werden Anträge erklärt, die während des Zeitraums ab dem Tag der Erstellung der Wählerliste bis zum Tag der Wahl, für die sie erstellt wird, einschließlich eingereicht werden.

Außerhalb des in Absatz 7 erwähnten Zeitraums kann jede als Wähler zugelassene Person die Rücknahme dieser Zulassung bei der Gemeinde beantragen, in der sie ihren Hauptwohntort hat.

Die in Absatz 6 erwähnte Zulassung bleibt bis zum Alter von achtzehn Jahren gültig, solange der Betreffende die Wahlberechtigungsbedingungen erfüllt beziehungsweise die Rücknahme der ihm erteilten Zulassung nicht beantragt hat."

Art. 3 - In Artikel 3 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 17. November 2016, werden die Wörter "Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nr. 2" durch die Wörter "Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nr. 1/1 und 2" ersetzt.

Art. 4 - In Artikel 4 § 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 17. November 2016, werden die Wörter "Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nr. 2" durch die Wörter "Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nr. 1/1 und 2" ersetzt.

Art. 5 - Artikel 5 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 17. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird vor dem Wort "Belgier" das Wort "Volljährige" eingefügt.

2. In § 1 Absatz 2 werden die Wörter "Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nr. 1" durch die Wörter "Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nr. 1 und 1/2" ersetzt.

3. Paragraph 1 wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Minderjährige können einen in Absatz 2 erwähnten Antrag auf Teilnahme nur einreichen, wenn sie das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben."

4. In § 2 Absatz 2 zweiter Satz wird das Wort "jedoch" durch die Wörter "jedoch und nur in Bezug auf volljährige Wähler" ersetzt.

Art. 6 - Artikel 6 § 1 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 17. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen dem Wort "ein" und dem Wort "Belgier" das Wort "volljähriger" und zwischen dem Wort "übermittelt" und dem Wort "Belgiern" das Wort "volljährigen" eingefügt.

2. In Absatz 2 werden zwischen dem Wort "Belgiern" und dem Wort "das" die Wörter ", der mindestens das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat," eingefügt.

3. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3 wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die berufskonsularische Vertretung in einem Staat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist, übermittelt auf einfachen Antrag des minderjährigen Belgiern, der mindestens das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, das in Artikel 5 § 1 Absatz 2 erwähnte Formular für den Antrag auf Eintragung."

4. In Absatz 3, der Absatz 4 wird, wird der Satz "Ein im Ausland ansässiger Belgier, der in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnt, kann die Rücknahme seiner Eintragung beantragen." durch den Satz "Im Ausland ansässige Belgier, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnen, und im Ausland ansässige minderjährige Belgier, die in einem Staat wohnen, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist, können die Rücknahme ihrer Eintragung beantragen." ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 7 § 2 Nr. 2 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 17. November 2016 und abgeändert durch das Gesetz vom 19. März 2019, wird zwischen dem Wort "erwähnten" und dem Wort "Belgier" das Wort "volljährigen" eingefügt.

Art. 8 - In Artikel 16 Absatz 1 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 17. November 2016, werden die Wörter "Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nr. 2" durch die Wörter "Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nr. 1/1 und 2" ersetzt.

Art. 9 - Artikel 21 § 1 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. April 2018, wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Wenn ein minderjähriger Wähler einen Wahlvorschlag unterzeichnet, muss er zum Zeitpunkt dieser Unterzeichnung mindestens das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben."

Art. 10 - In Artikel 27 Absatz 5 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 17. November 2016, werden die Wörter "Artikel 1 § 1 und Artikel 1 § 2 Nr. 2" durch die Wörter "Artikel 1 § 1 und § 2 Absatz 1 Nr. 1/1 und 2" ersetzt.

Art. 11 - In Artikel 30 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. April 1995, werden die Wörter "Artikel 1 § 1 und § 2 Nr. 2" durch die Wörter "Artikel 1 § 1 und § 2 Absatz 1 Nr. 1/1 und 2" ersetzt.

Art. 12 - In Artikel 31/1 Absatz 2 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 17. November 2016, werden die Wörter "Für diese Anwendung" durch die Wörter "Für diese Anwendung und nur in Bezug auf die im Ausland ansässigen volljährigen Wähler" ersetzt.

Art. 13 - In Artikel 31/3 Absatz 2 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 17. November 2016, werden die Wörter "Für diese Anwendung" durch die Wörter "Für diese Anwendung und nur in Bezug auf die im Ausland ansässigen volljährigen Wähler" ersetzt.

Art. 14 - In Artikel 31/4 § 3 Absatz 1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 17. November 2016 und abgeändert durch das Gesetz vom 19. April 2018, werden zwischen dem Wort "Übermittlung" und dem Wort "gleichzeitig" die Wörter "nur in Bezug auf volljährige Wähler" eingefügt.

Art. 15 - Artikel 39 Absatz 1 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 17. November 2016, wird wie folgt ersetzt:

"Die Teilnahme an der Wahl ist Pflicht:

1. für volljährige Belgier, die im Bevölkerungsregister einer belgischen Gemeinde eingetragen sind,

2. für minderjährige Belgier über sechzehn Jahre, die im Bevölkerungsregister einer belgischen Gemeinde eingetragen sind und die in Ausführung von Artikel 3 in der Wählerliste der Gemeinde ihres Wohnortes eingetragen sind,

3. für volljährige Belgier, die auf dem Staatsgebiet eines Staates, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist, wohnen und die in den Bevölkerungsregistern, die in den berufskonsularischen Vertretungen geführt werden, eingetragen sind,

4. für minderjährige Belgier über sechzehn Jahre, die auf dem Staatsgebiet eines Staates, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist, wohnen und die in Ausführung der Artikel 5 bis 7 in der Wählerliste der für sie zuständigen belgischen berufskonsularischen Vertretung eingetragen sind,

5. für Belgier über sechzehn Jahre, die auf dem Staatsgebiet eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union wohnen und die in Ausführung der Artikel 5 bis 7 in der Wählerliste der für sie zuständigen belgischen berufskonsularischen Vertretung eingetragen sind,

6. für Staatsangehörige der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über sechzehn Jahre, die in Ausführung von Artikel 3 in der Wählerliste der belgischen Gemeinde ihres Wohnortes eingetragen sind.”

Art. 16 - Vorligendes Gesetz tritt am 1. Mai 2023 in Kraft.

Der König kann das Inkrafttreten auf ein früheres als das in Absatz 1 erwähnte Datum festlegen.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 1. Juni 2022

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister, beauftragt mit den Auswärtigen
Angelegenheiten und den Europäischen Angelegenheiten

A. DE CROO

Die Ministerin des Innern,
der Institutionellen Reformen und der Demokratischen Erneuerung

A. VERLINDEN

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
V. VAN QUICKENBORNE

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BUITENLANDSE ZAKEN,
BUITENLANDSE HANDEL
EN ONTWIKKELINGSSAMENWERKING

[C - 2022/33585]

18 SEPTEMBER 2022. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 5 maart 2015 houdende de organisatie van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Inleiding

Het ontwerp van koninklijk besluit waarvan wij de eer hebben het ter ondertekening aan Uwe Majesteit voor te leggen, heeft tot doel tegemoet te komen aan de gevolgen van de vernietiging van de artikelen 21 en 22 van het koninklijk besluit van 5 maart 2015 houdende de organisatie van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking, hierna het organiek reglement, door het arrest nr. 249.402 van 31 december 2020 van de Raad van State.

De vernietigde artikelen 21 en 22 van het organiek reglement voorzagen in de mogelijkheid om, onder bepaalde voorwaarden, respectievelijk categorieën van personen die niet behoren tot de buitenlandse carrière en tot de consulaire carrière met de tijdelijke uitoefening van een functie op post te belasten (ambtenaren van het Rijkspersoneel van de FOD, contractuele personeelsleden van de FOD, tewerkgesteld op het hoofdbestuur, en houders van een managementfunctie of van een staffunctie bij de FOD die minstens één mandaat bij de FOD hebben voltooid) en personen die niet behoren tot de buitenlandse carrière en de consulaire carrière te belasten met een bijzondere zending.

Het nagestreefde doel was uiteraard niet om de verschillende statuten en carrières gelijk te schakelen, maar om een bepaalde flexibiliteit te creëren die zou toelaten om te beantwoorden aan concrete noden die zich in de praktijk stellen, zoals met name het niet beschikbaar zijn van ambtenaren van de buitenlandse carrière en de consulaire carrière voor bepaalde posten.

Bij arrest nr. 249.402 van 31 december 2020 heeft de Raad van State deze twee bepalingen, en bijgevolg het artikel 1, §1, 11° en 12° van het organiek reglement (definitie van de begrippen 'bijzondere noodzaak' en 'bijzondere zending'), nietig verklaard, omdat deze laatste een inbreuk vormen op de artikelen 10 en 11 van de Grondwet.

Zo stelt de Raad van State, wat betreft de eerste hypothese voorzien in het vernietigde artikel 21, §2, 1° van het organiek reglement (het niet beschikbaar zijn van de ambtenaren van de buitenlandse carrière en de consulaire carrière), dat « dès lors que certains postes sont davantage attractifs que d'autres, la disposition ne sera régulière au regard des articles 10 et 11 de la Constitution que pour autant qu'une procédure objective soit mise en place afin de garantir qu'un poste attractif ne sera pas proposé à une des personnes précitées visées à l'article 21, § 1er, 1° à 3°, immédiatement après qu'auront été confiés des postes moins

SERVICE PUBLIC FEDERAL AFFAIRES ETRANGERES,
COMMERCE EXTERIEUR
ET COOPERATION AU DEVELOPPEMENT

[C - 2022/33585]

18 SEPTEMBRE 2022. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 5 mars 2015 portant organisation du Service public fédéral Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement

RAPPORT AU ROI

Sire,

Introduction

Le projet d'arrêté royal que nous avons l'honneur de soumettre à Votre Majesté vise à pallier les conséquences de l'annulation des articles 21 et 22 de l'arrêté royal du 5 mars 2015 portant organisation du Service public fédéral Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement, ci-après le règlement organique, par l'arrêt n° 249.402 du 31 décembre 2020 du Conseil d'État.

Les articles 21 et 22 annulés du règlement organique permettaient de charger, sous certaines conditions, respectivement des catégories de personnes qui n'appartiennent pas à la carrière extérieure et à la carrière consulaire de l'exercice temporaire d'une fonction en poste (agents de l'État du SPF, membres du personnel contractuel du SPF, engagé à l'administration centrale, et titulaires d'une fonction de management ou d'une fonction d'encadrement du SPF qui ont accompli au moins un mandat auprès du SPF) et des personnes qui n'appartiennent pas à la carrière extérieure et à la carrière consulaire d'une mission spéciale.

L'objectif poursuivi n'était évidemment pas d'assimiler les différents statuts et carrières, mais bien de créer une certaine flexibilité permettant de répondre à des besoins concrets qui se posent dans la pratique, comme notamment l'indisponibilité d'agents de la carrière extérieure et de la carrière consulaire pour certains postes.

Par arrêt n° 249.402 du 31 décembre 2020, le Conseil d'État a annulé ces deux dispositions, et par voie de conséquence, l'article 1^{er}, §1^{er}, 11° et 12° du règlement organique (définition des notions de 'besoin spécial' et de 'mission spéciale'), au motif que ces dernières violent les articles 10 et 11 de la Constitution.

Ainsi, le Conseil d'État soutient, en ce qui concerne la première hypothèse prévue à l'article 21, §2, 1° annulé du règlement organique (l'indisponibilité des agents de la carrière extérieure et de la carrière consulaire), que « dès lors que certains postes sont davantage attractifs que d'autres, la disposition ne sera régulière au regard des articles 10 et 11 de la Constitution que pour autant qu'une procédure objective soit mise en place afin de garantir qu'un poste attractif ne sera pas proposé à une des personnes précitées visées à l'article 21, § 1^{er}, 1° à 3°, immédiatement après qu'auront été confiés des postes moins attractifs